

Konsum ohne Monsun

50 Jahre unabhängiges Indien (Teil II)

von Eberhard Weber und Susanne van Dillen

Im Juni 1991 begann in Indien die Umsetzung von Strukturanpassungsmaßnahmen. Damit wurde der vom ersten indischen Premierminister Nehru eingeschlagene Weg eines Sozialismus zwischen den Blöcken endgültig aufgegeben. Mit dem neoliberalen Kurs ist Indien nun, 50 Jahre nach der formalen Unabhängigkeit des Landes, abhängiger vom Weltmarkt als je zuvor. Zudem rückt anstelle von Verteilungsgerechtigkeit mehr und mehr die Förderung der Mittelschichten in den Mittelpunkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

► Die kürzlich von der Weltbank veröffentlichte Studie 'India: Achievements and Challenges in Reducing Poverty' scheint zu belegen, daß durch die Strukturanpassungspolitik nicht nur die wirtschaftliche Rezession überwunden werden konnte, sondern auch die Zahl der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen stark zurückgegangen sei. Belegt wird diese Behauptung allerdings nicht, und dem Zahlenmaterial der Studie zufolge schien die Zahl der 1994 unterhalb der Armutsgrenze lebenden Inder weitaus höher zu sein als vor der Strukturanpassung. Das würde aber bedeuten, daß eine Entwicklung umgekehrt worden wäre, die seit den frühen 70er Jahren zu einer langsamen Verringerung der Armut in Indien geführt hatte.

Bereits wenige Monate nach Umsetzung der ersten Strukturanpassungsmaßnahmen wurde ihre Tragweite für die Ärmsten deutlich. Im Dezember 1991 berichteten die Zeitungen über Hungertote im Bundesstaat Andhra Pradesh. An sich nichts Ungewöhnliches in einem Land, in dem Hungersnöte Jahrhunderte lang zur Realität gehörten, in einem Land, dessen Landwirtschaft trotz aller Verbesserungen nach wie vor von den Launen des Monsuns abhängt. Gleichzeitig meldete die indische Presse aber die dritte Rekorderte hintereinander und große Reiserexportsteigerungen. Es mag auch verwundern, daß die Opfer nicht in den trockenen, sondern in den fruchtbaren und landwirtschaftlich hochentwickelten Gebieten Andhra Pradesh zu beklagen waren, und daß sie ausschließlich der Berufsgruppe der Handwerker angehörten.

Die Ursachen für die Tragödie sind schnell aufgezählt. Die mächtige Spinnerei-Lobby hatte bei der indischen Regierung die Lockerung der Exportbeschränkungen für Baumwollgarne, den Rohstoff der Weber, durchsetzen können. Anstatt die heimische Nachfrage zu befriedigen, verdreifachte sich bereits zwischen 1987 und 1990 das Exportvolumen. Bis 1991 hatten sich die Rohstoffpreise für die Weber um bis zu 270% verteuert. Sie konnten nicht mehr rentabel wirtschaften, zumal der Markt mit billigeren

Produkten aus industrieller Fertigung überschwemmt wurde. Parallel dazu stiegen die Lebenshaltungskosten stark an – trotz der Rekordernten vor allem bei den Grundnahrungsmitteln. Zur Hungerkatastrophe entwickelte sich die Situation, als Anfang Juli 1991 die indische Regierung – als erste Maßnahme ihrer neuen Wirtschaftspolitik – die indische Rupie um 20% abwertete und gleichzeitig Exportbeschränkungen für Baumwollgarne ganz abschaffte. In kurzer Zeit erhöhten sich erneut die Exporte und das Binnenangebot wurde reduziert. Die Produktionskosten für die Weber schnellten abermals in die Höhe. Das Monatseinkommen halbierte sich auf 300 Rupien und reichte nicht mehr aus, auch nur die wichtigsten Dinge des (Über)Lebens zu kaufen.

Garnelen für Devisen

► Die Weltbank aber spricht von ersten Erfolgen ihres wirtschaftlichen Stabilisierungsprogrammes in Indien. Man könnte dem sogar zynisch beipflichten, denn die Aktien an der Börse in Bombay waren nie so hoch wie derzeit, der Konsumrausch der Mittelschichten hält mittlerweile gänzlich unabhängig von der landwirtschaftlichen Produktion und den Preisen für Grundnahrungsmittel unvermindert an. Tatsächlich ist die neue Wirtschaftspolitik in sich schlüssig. Der im Ausland hochverschuldete Staat steht unter dem Zwang, Devisen mit Produkten zu erwirtschaften, die nicht erst Importe teurer Produktionsanlagen voraussetzen. So werden die natürlichen Ressourcen des Landes zu Schleuderpreise auf den Weltmarkt geworfen. Das gilt nicht nur für die Baumwolle. Der Ausverkauf ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Auswirkungen läßt sich z.B. auch anhand der Garnelenzucht demonstrieren.

Hochproduktive Garnelenfanggebiete, vor allem die Brackwasserseen und Lagunen an der Ostküste Indiens, haben in jüngster Zeit die Aufmerksamkeit der Großindustrie auf sich gezogen. Seit Mitte der 80er Jahre führt das in vielen Regionen zu heftigen Auseinandersetzungen mit lokalen Gruppen. Im indischen Bundesstaat Orissa etwa hatte die



Die im Dunkeln...

Landesregierung 400 ha Land am Chilika-See zu einem extrem niedrigen Preis an den mächtigen TATA-Konzern verpachtet. Das Wasser für die Garnelenteiche sollte aus dem See bezogen werden. Von den lokalen Fischern am Chilika-See wurde befürchtet, daß das Projekt ihre Lebensgrundlage zerstören würde, da die Wasserentnahme die zunehmende Verlandung des Sees bewirkt. Nach heftigen Protesten der lokalen Bevölkerung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung wurde das Projekt erst einmal auf Eis gelegt.

In Tamil Nadu sehen sich Landarbeiter und Kleinfischer durch die Förderung von Aquakulturen seitens der Landesregierung bedroht. Die sozialen Folgen kamen erstmals an die Öffentlichkeit, als eine Protestversammlung von Landarbeitern von der Polizei mit Waffengewalt aufgelöst und 35 Hütten von Landarbeitern niedergebrannt wurden. Unzureichende Regenfälle und die Entstehung für den Export produzierender Garnelenfarmen an der Küste hatten die Landwirtschaft im nördlichen Teil des Cauvery-Deltas erheblich gestört. Nach knapp zwei Jahren waren die Bodenpreise von 17.500 Rs/ha auf



über 200.000 Rs/ha angestiegen. Die meisten der etwa 14.000 dort lebenden Landarbeiterfamilien sind heute arbeitslos und gezwungen, das Gebiet zu verlassen.

Diese Konflikte sind regional begrenzt, und die Betroffenen haben kaum Macht, sich gegen die Wirtschaftsinteressen der Landesregierung und der Großindustrie durchzusetzen. Das betrifft auch die Meeresfischerei. Dort stehen sich seit mehr als 30 Jahren traditionelle Kleinfischer und Fischer mit mechanisierten Trawlerbooten in einem unerträglich bitterlichen Kampf um Ressourcen gegenüber. Mittlerweile haben sich die beiden Parteien jedoch gegen einen neuen Feind zusammengesgeschlossen: die Tiefseefischerei. 1992 gab es in Indien nur 171 tiefseetaugliche Fangboote, die zumeist in den flacheren Küstengewässern fischten. Inzwischen vergrößert die indische Regierung vermehrt Fanglizenzen an ausländische Unternehmen, und die Zahl der Boote erhöhte sich auf 680. 1993 wurde beschlossen, weitere 2.000 Lizenzen an indische und ausländische Unternehmen zu vergeben, »to boost marine food exports«.¹

Handwerker, die durch härteste Arbeit gerade noch ihr Überleben verdienen können; Landarbeiter, die durch Exportfabriken ihre Beschäftigung verlieren, während andere sich eine goldene Nase am Verkauf von Schalentieren verdienen; Kleinfischer, deren Netze leerbleiben, weil große Fangschiffe frische Fische für Supermarktregale oder für Mastfutter in hiesigen Hühnerfarmen fischen – Folgen des verniedlichend »Strukturanpassung«, »Exportorientierung« oder »Liberalisierung« genannten Wirtschaftskonzeptes. Hinter den gepriesenen »komparativen Standortvorteilen« von »Billiglohnländern« verbergen sich hemmungslose Ausbeutung und fortgesetzte Mißachtung der Menschenrechte mit in Kauf genommener Todesfolge.

Ausverkauf zu Schleuderpreisen

► Doch wenn Waren produziert werden sollen, muß es auch Käufer geben. Und in einem Land, in dem hunderte von Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, gibt es sie auch, die Superreichen, die Reichen und die Mittelschichten. Die Strukturanpassung soll dafür sorgen, daß diesen Menschen nicht das Geld für den Konsum ausgeht. Inzwischen schätzt man die indische Mittelschicht auf 350-400 Millionen Menschen. Ein riesiger Markt, zumal die meisten von ihnen vor zehn Jahren noch nicht davon zu träumen wagten, sich jemals einen gebrauchten Schwarzweiß-Fernseher leisten zu können. In den vergangenen zehn Jahren schnellten jedoch die Löhne in vielen Sektoren in die Höhe. Im Frühjahr 1993 wurde etwa den Piloten von Air India nach einem Streik eine Verdoppelung ihres Gehalts von 75.000 auf 150.000 Rs im Monat gewährt. Zum Vergleich: Ein Landarbeiter kann froh sein, wenn er 1.000 Rupien im Monat zusammenbekommt – falls er überhaupt eine Beschäftigung findet.

Die erwerbsfähige Bevölkerung Indiens hat während des achten Fünf-Jahres-Plans (1992-1997) um etwa 35 Millionen Personen zugenommen. Bis zum Jahr 2002 mußten zur Vollbeschäftigung 94 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zusätzliche Arbeitsplätze hatte aber schon die kapitalintensive Wirtschaftspolitik der 80er Jahre kaum gebracht (s. Teil I des Beitrages). Die Maßnahmen der Strukturanpassung haben daran wenig verändert. Zwischen 1991 und 1995 wurden von ausländischen Firmen in Indien Direktinvestitionen in Höhe von etwa 4,5 Mrd. US-\$ getätigt. Mehr als die doppelte Summe wandten ausländische Firmen aber auf, um sich in bereits existierende Unternehmen ein- oder diese aufzukaufen. Damit relativiert sich die Bedeutung der ohnehin weit hinter den Erwartungen der indischen Regierung zurückgebliebenen Auslandsinvestitionen. Anstatt daß neue Produktionsstätten aus dem Boden schossen,

haben sich in vielen bestehenden Betrieben lediglich die Eigentumsverhältnisse verändert, und zumeist wird in Rationalisierungsmaßnahmen investiert, um die veralteten und häufig personell überbesetzten Unternehmen gewinnträchtiger zu machen. Glaubt man den Statistiken, dann hat zwischen 1992 und 1997 die Zahl der Industriearbeiter im privaten Sektor gerade mal um 21.000 zugenommen, während gleichzeitig die Industrieproduktion stetig wuchs.

Der Staat zieht sich derweil als Unternehmer weiter zurück und überläßt der Privatwirtschaft das Feld. Schließung der kranken Staatsbetriebe und Privatisierung der gesunden zu Schleuderpreisen lautet die Devise. Der Schaden für den indischen Staat, der durch die Umwandlung vieler Betriebe in Aktiengesellschaften entstand, läßt sich kaum beziffern.² Bei den privatisierten Betrieben handelt es sich z.T. um Unternehmen, die auch nach internationalem Standard effizient und profitabel wirtschafteten, wie etwa die *Bharat Electronics Ltd* – ein Unternehmen, das im großen Umfang im Rüstungsbereich tätig ist und über modernste Technologien verfügt –, die staatliche Ölfördergesellschaft *Hindustan Petroleum* und das Kraftanlagenunternehmen *Bharat Heavy Electricals Ltd (BHEL)*. Auf diese Art sollen Lächer im Staatshaushalt gestopft und Schulden zurückgezahlt werden. Die ursprüngliche Zielsetzung, aus dem Verkaufserlös die kranken Staatsbetriebe zu sanieren sowie Abfindungszahlungen und Umschulungsprogramme für entlassene Arbeiter zu finanzieren, wurde aufgegeben.

In einer nächsten Runde sollen auch Dienstleistungsunternehmen in die Privatisierung eingeschlossen werden, so z.B. das Banken- und Versicherungswesen, die Eisenbahnen sowie Post und Telekommunikation. Im Versicherungsbereich steht die Privatisierung unmittelbar bevor. Ausländische Versicherungsgesellschaften sollen dabei bevorzugt berücksichtigt werden. Die Versicherungsgesellschaften zählen zu den profitablen staatlichen Musterbetrieben. Ein Festhalten am staatlichen Charakter der Versicherungswirtschaft würde Indien jedoch in absehbarer Zeit in Konflikt mit den Dienstleistungsbestimmungen des neuen GATT-Abkommens bringen.

Schon während der 1994 abgeschlossenen GATT-Verhandlungen hatten die USA Indien wirtschaftliche Sanktionen angedroht, falls das Land nicht bereit sei, seinen Versicherungsbereich für ausländische Investoren zu öffnen.

Eine Privatisierung des Versicherungswesens würde jedoch weite Kreise ziehen. So ist die *Life Insurance Corporation of India* in vielen Bereichen wie etwa dem Wohnungsbau, der Strom- und Wasserversorgung, im landwirtschaftlichen Kreditwesen und im öffentlichen Verkehrswesen engagiert – allesamt Bereiche, die häufig »unwirtschaftlich« sind und von privaten Investoren wohl fallen-

Tax-holidays sind das Mittel gegen Steuerhinterziehung



Rezeptur für konsumfreudige Mittelschichten

Foto: GTZ/G. Fischer

gelassen oder gewinnbringend umstrukturiert würden. Angesichts der notwendigen hohen Infrastrukturinvestitionen bei vielen Unternehmen im Dienstleistungsbereich lassen sich Gewinne aber nur durch erhöhte Preise erzielen, was die ärmere Bevölkerung noch mehr vom Entwicklungsprozess ausgrenzen wird.

Die Regierung weigert sich indessen, Schulden und Kapitalmangel anstatt durch den Verkauf von staatlichen Unternehmen durch erhöhte Besteuerung der Einkommen der (Groß)Industrie, der privilegierten städtischen Mittelschichten und der ländlichen Eliten zu vermindern. Ihr Klientel wird weiter gehätschelt und kann sich selbst dann vor staatlicher Verfolgung relativ sicher wähnen, wenn die Grenzen der Legalität überschritten werden. Verschiedene Autoren weisen z.B. darauf hin, daß »Schwarzgeld« in Indien einen großen Anteil am Volkseinkommen ausmacht. Der Staat hat jedoch recht »ungewöhnliche« Wege eingeschlagen, um »Schwarzgeld« und Steuerhinterziehung zu bekämpfen: Die Besteuerungslimits werden derart in die Höhe geschraubt, daß kaum noch eine Privatperson in Indien Einkommenssteuer, geschweige denn Vermögenssteuer, zahlen muß. Industriebetriebe können trotz hoher Rendite von der Senkung der Gewerbesteuerätze, von verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und zeitweiser vollkommener Befreiung von der Steuerzahlung (tax-holiday) profitieren.

Die Vorstellungen, die hinter dem neoliberalen Kurs stehen, sind auch hierzulande hinlänglich bekannt. Wie soll denn eine Wirtschaft wachsen, heißt es, wenn man Konsumenten und Investoren das Geld mittels Steuern aus der Tasche zieht? Schließlich kurbeln wohl situierte städtische Konsumenten,

und nicht ausgemergelte Landarbeiter, die Wirtschaft an. Vom Geschenk der Steuereisenkungen haben jedoch diejenigen, die schon bislang so arm waren, daß sie gar keine Steuer zahlen mußten, wenig. Im Gegenteil: Geringere Steuereinnahmen, niedrigere Importzölle und höhere Exportsubventionen verringern die Möglichkeiten des Staates, in soziale Sektoren wie Bildung, Gesundheit, Armutsbeseitigung, Arbeitsbeschaffung zu investieren. Statt dessen vertraut man immer mehr der Fähigkeit der Menschen, sich selbst zu helfen. Hinter dem Slogan »Hilfe zur Selbsthilfe« steckt aber meist die Resignation des Staates hinsichtlich der Schaffung eines Gegengewichtes zur selektierenden Marktwirtschaft.

7 Minister in 13 Jahren

► Indien kann in den vergangenen 50 Jahren auf viele Fortschritte verweisen – Wattersatelliten und eigene Mittelstreckenraketen, ein riesiges Heer hervorragend ausgebildeter Menschen, die heute weltweit als qualifizierte Arbeitskräfte geschätzt werden, oder die Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung, die im Jahr der Unabhängigkeit gerade 33 Jahre betrug. Dennoch sind es gerade diese Erfolge und der partielle Reichtum, die die gleichzeitige Armut von hunderten Millionen Menschen zu einem krassen Unrecht machen. In Indien zeigt sich in eklatanter Form, was sich weltweit in und zwischen den Nationen feststellen läßt: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Die Ungleichheit prägt sich umso tiefer in das Bewußtsein ein, je mehr sich das Lebensniveau vieler Inder westlichen Standards nähert. Der Vergleich der eigenen trostlosen Situation mit dem offensichtlich Möglichen schafft

Unzufriedenheit. Es ist daher kein Zufall, daß in den vergangenen 13 Jahren, in einer Zeit also, in der Indien die höchsten Wachstumsraten während 50 Jahren Unabhängigkeit verzeichnete und in der die Konsumwünsche vieler plötzlich in Erfüllung gingen, sieben Premierminister amtierten. Das sind fast doppelt so viele wie in den 37 Jahren davor – und wie es scheint, wird man sich bald wieder einen neuen Premierministernamen merken müssen.³

Dennoch haben in 50 Jahren Unabhängigkeit von kurzen Intermezzi abgesehen, die demokratischen Institutionen verglichen mit anderen unabhängig gewordenen Staaten leidlich funktioniert. Diese zumindest formale Demokratie steht aber zusammen mit der Stabilität einer ganzen Region infrage, falls es bei fortgesetzter wirtschaftlicher Modernisierung und Expansion nicht gelingt, das Schicksal von mehreren hundert Millionen Menschen entscheidend zu verbessern – und das ist nicht zu erwarten. Das indische Beispiel zeigt vielmehr, daß bei dem weltweit erreichten Produktivitätsniveau hunderte Millionen Menschen in den Ländern des Südens, aber zunehmend auch in den Industrienationen überflüssig werden. In Indien ist die Beseitigung der Armut als primäres politisches Ziel bereits in weite Ferne gerückt. Von den Visionen eines Mahatma Gandhis, der im Wiederaufbau der von Kolonialismus und interner Ausbeutung deformierten Dörfern die Basis für ein starkes Indien sah, ist inzwischen ebensowenig mehr etwas zu verspüren wie von Nehrus Vorstellungen eines industrialisierten Landes, in dem der Staat soziale Verantwortung für die gesellschaftlich schwächsten Gruppen übernimmt. Bei aller Unterschiedlichkeit der beiden Politiker, die den Unabhängigkeitskampf und die ersten Jahre der Unabhängigkeit geprägt haben, waren sie sich doch darin einig, daß in Indien Ausbeutung und Unterdrückung allmählich verschwinden mögen.

Anmerkungen:

- 1 In der Regel sind die Fänge dieser Schiffe nicht für den indischen Markt bestimmt. Im Rahmen von Gemeinschaftsbeteiligungen (joint ventures) besteht sogar eine Verpflichtung zum vollständigen Export.
- 2 Eine Schätzung kann höchstens anhand der Differenz zwischen Verkaufspreis und späterem Marktwert der verkauften Aktien vorgenommen werden. So wurde eine Aktie der Bharat Petroleum Coporation Ltd (BPCL) zum Preis von etwa 240 Rs an private Investoren abgegeben. Ihr späterer Marktwert belief sich auf 1250 Rs.
- 3 Zur Entwicklung der politischen Landschaft bis Mitte 1996 siehe iz3w Nr. 214.

► **Susanne van Dillen und Eberhard Weber** sind Geographen. Von E. Weber ist gerade erschienen: *Globalisierung und Politische Ökonomie der Armut in Indien* (Bezug über iz3w).